

F 1

Magistrat
Amt 11/3

Bremerhaven, 28.10.2025

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Vermessungs- und Katasteramt
(Organisationsnummer und Bezeichnung)
Abteilung/Sachgebiet Vermessung
Planstelle/Stelle Nr. 3 1 001 (1,0 Stelle)
Bewertung bisher Entgeltgruppe 3 TVöD (EGO/VKA)
Funktionsbezeichnung bisher Messgehilf:in

☐	Neuschaffung	Stellen-Soll	
☒	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	1,0
☐	Umwandlung	kw-Vermerk/e	1,0
☐	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
☐	Abwertung	(ku nach BesG/EG ☐)	
☐	Ausweisung		
☐	Übertragung		
☐	Änderung der Funktionsbezeichnung		

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: – 55.300 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒ durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

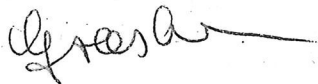
Finanzierungsträger: ☐
Finanzierungsanteil: ☐
verbleibender kommunaler Anteil: ☐
Einnahme-Haushaltsstelle: ☐

Begründung:

Der Stelleninhaber wird zum 01.12.2025 auf eine freiwerdende Planstelle umgesetzt. Damit kann der kw-Vermerk an der Stelle 3 1 001 wirksam und die Stelle gestrichen werden.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ **siehe Anlage)**

Pflichtaufgabe: ☐ Nein ☐ Ja - Rechtsgrundlage: ☐



Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Amt 66 / Amt für Straßen- und Brückenbau

Abteilung/Sachgebiet

66/01

Planstelle/Stelle Nr.

2 1 001

Bewertung bisher

Entgeltgruppe 14 TVöD/VKA

Funktionsbezeichnung bisher

Bauingenieur:in

☐ Neuschaffung

☐ Streichung

☐ Umwandlung

☐ Höherbewertung

☐ Abwertung

☐ Ausweisung

☐ Übertragung

☒ Verlängerung des überplanmäßig anerkannten Bedarfs

Stellen-Soll

anerkannter Bedarf - Soll 1,0

kw-Vermerk/e

ku-Vermerk/e

(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☐

durch Dritte: ☒

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Land Bremen, Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

Finanzierungsanteil:

60 %

verbleibender kommunaler Anteil:

40 %

Einnahme-Haushaltsstelle:

6651/281 01

Begründung:

Für die Wahrnehmung der hoheitlichen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Planung und dem Ausbau der Hafenanbindung wurde bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2026 der überplanmäßige Bedarf der Stelle einer:s Bauingenieur:in anerkannt.

Da bis zur endgültigen Abrechnung per Verwendungsnachweis (1 Jahr nach Abrechnung der Baumaßnahme) die weitere hoheitliche Betreuung seitens des Amtes für Straßen- und Brückenbau unbedingt erforderlich ist, wird die Verlängerung des überplanmäßig anerkannten Bedarfs bis zum Inkrafttreten des Haushaltsplanes 2028 beantragt. Die Personalkosten werden in Höhe von 60% aus den Planungs-, Bauleitungs- und Projektsteuerungskosten für den Hafentunnel finanziert (Landesmittel).

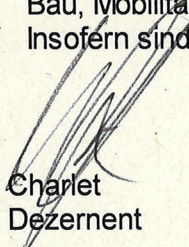
Durch die zwischenzeitliche Inbetriebnahme des Hafentunnels wurde der Stelleninhaber von der zuständigen Verwaltungsbehörde für Tunnelsicherheit, dem Amt für Straßen und Verkehr, Bremen, nach den Richtlinien für den Entwurf, die konstruktive Ausbildung und Ausstattung von Ingenieurbauten (RE-ING) zum Tunnelmanager für den Hafentunnel benannt. Die anteiligen Personalkosten von rund 40% sind durch städtische Haushaltsmittel zu finanzieren.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:

Die Maßnahme "Ausbau der Hafenanbindung" unterliegt sowohl bei den "Baukosten" als auch bei den "Planungs-, Bauleitungs- und Projektsteuerungskosten" dem Zuwendungsrecht, u. a. § 44 der LHO sowie den zugehörigen VV. Bewilligungsbehörde ist jeweils die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, Zuwendungsempfänger ist jeweils das Dezernat VI. Insofern sind die Aufgaben, die sich aus den Zuwendungsbescheiden ergeben, hoheitlich.


Charlet
Dezernent

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

bis Haushalt 2028

Magistrat
Organisationseinheit (VII) 67

Bremerhaven, 09.10.2025

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

67

Abteilung/Sachgebiet

67/2 - Neubau und städtebauliche Grünplanung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

- ☒ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☐ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

1

Bewertung neu

EG 11

Funktionsbezeichnung neu

Ing. Landschafts- und Freiraumplanung

Befristung bis

2030

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 93.010 €

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Eine Anmeldung dieser Stelle (anerkannter Bedarf) ist bereits im Juni 2024 beim Personalamt erfolgt. Ein gemeinsamer intensiver Austausch der Ämter 67 und 11 hat bereits statt gefunden.

Das Gartenbauamt muss sich aufgrund von veränderten klimatischen und gesetzlichen Bedingungen aktiv mit Klimaanpassungsmaßnahmen beschäftigen und strategische Ziele in die praktische Umsetzung integrieren. Aktuell politisch beschlossene kommunale Maßnahmen wie den Aktionsplan Klimaschutz und die Klimaanpassungsstrategie müssen mit anderen Ämtern und Organisationseinheiten strategisch erarbeitet, abgestimmt und umgesetzt werden. Das Gartenbauamt ist z. B. federführend für Klimaanpassungsmaßnahmen in Mobilität und Verkehr - Straßenbäume (Aktionsplan Klimaschutz) und das Handlungskonzept Stadtbäume 2.0 als Schlüsselmaßnahme der Klimaanpassungsstrategie verantwortlich. Der Straßenbaumanteil soll bis 2030 stetig steigen. Dazu sind intensive Abstimmungen mit dem Amt für Straßen- und Brückenbau, Leitungsträgern und der Straßenverkehrsbehörde notwendig. Die Planung und Umsetzung in allen Leistungsphasen (LPH 1-9) der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) soll von einem/r zusätzlichen IngenieurIn Landschafts- und Freiraumplanung erfolgen.

Das Gartenbauamt nutzt Förderprogramme des Bundes (Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel "RE:SET – Renaturierung einer Hafenstadt"; ANK – Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz in Kommunen und NKK – Natürlicher Klimaschutz in Kommunen) und des Landes (Blühflächenprogramm Landesprogramm zur Förderung der Biodiversität) ausgiebig und hat bereits Fördermittelzusagen von rd. 7 Mio. Euro (nur NKK). Die Verwendung dieser Fördermittel soll mit dieser Stelle umgesetzt werden.

Eine Abfrage nach Stellenkompensation im Ausschussbereich 6 ist gestartet.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:

Verkehrssicherungspflicht nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)

Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG)

EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur (WiederherstellungsVO)

Dezernent/in

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 67
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 67/3 Grünflächenunterhaltung und Friedhöfe

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

☒ Neuschaffung	Stellen-Soll	1
☐ Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
☐ Umwandlung	kw-Vermerk/e	
☐ Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
☐ Abwertung	(ku nach BesG/EG)	
☐ Ausweisung		
☐ Übertragung		
☐ Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 9a	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Gartenbautechnische/r Angestellte/r	
Befristung bis	unbefristet	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 75.700 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒ durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Eine Anmeldung dieser Stelle (anerkannter Bedarf) ist bereits im Juni 2024 beim Personalamt erfolgt. Ein gemeinsamer intensiver Austausch der Ämter 67 und 11 hat bereits statt gefunden.

Der Bestand an Bäumen ist, trotz vorgenommener Fällungen in den letzten 10 Jahren um 5.822 Bäume auf aktuell 70.666 gestiegen. Seit 2014 sind 19 Kindertagesstätten, 7 Schulen und 8 Kinderspielplätze als zusätzliche Anlagen mit ca. 500 neuen Spielgeräten zum Bestand hinzugekommen. Aufgrund eines fehlenden Grünflächenkatasters kann der Flächenzuwachs, der in den Bestand des Gartenbauamtes übergegangen ist, nicht genau beziffert werden. Flächen wie der Tunnelberg, Flächen im Bereich Fahr(G)Rad 8, Grünflächen am Hafentunnel und Wege im Bredenmoor sind einige davon. Abzusehen ist, dass mit der Entwicklung des Werftquartiers ein weiterer Zuwachs an Grünflächen entstehen wird. Durch Beschluss vom Aktionsplan Klimaschutz und der Klimaanpassungsstrategie wird sich die Anzahl der Bäume erhöhen.

Aufgrund von Flächenzuwachs und Erhöhung der Gesamtanzahl von Bäumen in Zuständigkeit des Gartenbauamtes resultieren notwendige Verkehrskontrollen und Unterhaltungsmaßnahmen, zusätzlich muss auf die veränderten Bedingungen des Klimawandels reagiert werden. Dies erfordert zusätzliche Kapazitäten im Grünflächenmanagement durch Mitarbeitende der technischen Abteilung, da nicht mehr alle Arbeiten durch eigene GärtnerInnen bewältigt werden können. Grünflächenmanagement beinhaltet z. B. Fertigstellungs- und Entwicklungspflege inkl. Bewässerung von neu gepflanzten Bäumen und zu pflegenden Flächen sowie Kontrollen der Verkehrssicherheit an Bäumen und daraus resultierende Pflegemaßnahmen. Diese zusätzliche Stelle soll hauptsächlich für Ausschreibung, Vergabe, Kontrolle und Abrechnung von Fremdfirmen zuständig sein.

Eine Abfrage nach Stellenkompensation im Ausschussbereich 6 ist gestartet.

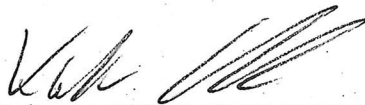
Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:

Verkehrssicherungspflicht nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)
Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG)

Dezernent/in



Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Magistrat
Organisationseinheit (VII) 67

Bremerhaven, 09.10.2025

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

67

Abteilung/Sachgebiet

67/3 - Pflegebezirk

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

- ☒ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☐ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

2

Bewertung neu

EG 6

Funktionsbezeichnung neu

GärtnerIn

Befristung bis

unbefristet

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 127.820 €

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Eine Anmeldung dieser Stellen (anerkannter Bedarf) ist bereits im Juni 2024 beim Personalamt erfolgt. Ein gemeinsamer intensiver Austausch der Ämter 67 und 11 hat bereits statt gefunden.

Es sind 2 neue Gärtnerstellen (m,w,d) für die Unterhaltungsabteilung des Gartenbauamtes notwendig. Aufgrund der Erhöhung der Gesamtanzahl an Bäumen in Zuständigkeit des Gartenbauamtes, resultieren notwendige Verkehrskontrollen und Abarbeitung von Pflegemaßnahmen. Der Bestand an Bäumen ist, trotz vorgenommener Fällungen, in den letzten 10 Jahren um 5.822 Bäume auf aktuell 70.666 gestiegen. Davon benötigen aufgrund der Verkehrssicherungspflicht und des grundsätzlich ungünstigeren Standortes ca. 7.800 Straßenbäume eine intensivere Unterhaltung (bspw. Schnitt, Totholz, Pilzbefall, Standsicherheit) als Bäume bspw. in Parkanlagen.

In den vergangenen 10 Jahren sind nicht nur Bäume und neue Spielplätze mit Spielgeräten in den Bestand des Gartenbauamtes übergegangen, sondern auch sonstige Flächen, wie der Tunnelberg, Rasenbegleitflächen, Grünflächen und Aufenthaltsbereiche im Bereich Fahr(G)Rad 8, die Grünflächen am Hafentunnel oder und das die Wege im renaturierten Bredenmoor. Die Ausstattungsgegenstände auf den zuvor genannten Flächen, wie z.B. Bänke und Abfallbehälter, befinden sich ebenfalls in der Unterhaltungspflicht vom Gartenbauamt. Dies beinhaltet unter anderem die Leerung der Abfallbehälter, das Reinigen und Erneuern der Bankbeläge, aber auch die Beseitigung von Vandalismusschäden und Graffiti. Abzusehen ist, dass mit der Entwicklung des Werftquartiers ein weiterer Zuwachs an Grünflächen und auch Bäumen erwartet entstehen wird, der in den vorliegenden Zahlen noch nicht berücksichtigt ist. Die beiden Gärtnerstellen sollen hauptsächlich Baumpflegemaßnahmen durchführen sowie allgemeine Gärtnerarbeiten in der Unterhaltung,

Eine Abfrage nach Stellenkompensation im Ausschussbereich 6 ist gestartet.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:

Verkehrssicherungspflicht nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) nach den Baumkontrollrichtlinien als Standardwerk der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL).

Dezernent/in



Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☐☒☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Magistrat
Organisationseinheit 67

Bremerhaven, 09.10.2025

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

67

Abteilung/Sachgebiet

67/3-Zentraler Bauhof

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

- ☒ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☐ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

1

Bewertung neu

EG 5

Funktionsbezeichnung neu

TischlerIn

Befristung bis

unbefristet

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 60.850 €

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Eine Anmeldung dieser Stelle (anerkannter Bedarf) ist bereits im Juni 2024 beim Personalamt erfolgt. Ein gemeinsamer intensiver Austausch der Ämter 67 und 11 hat bereits statt gefunden.

Das Gartenbauamt hat sämtliche öffentliche Kinderspielplätze in eigener Zuständigkeit und hat durch Seestadt-Immobilien die Außenanlagen von Kindertagesstätten und Freizeitheimen sowie Schulhöfe zu betreuen. Die Verkehrssicherungspflicht ist vom Gartenbauamt zu gewährleisten. Seit 2014 sind 19 Kindertagesstätten, 7 Schulen und 8 Kinderspielplätze als zusätzliche Anlagen mit ca. 500 neuen Spielgeräten zum Bestand hinzugekommen.

Aufgrund der erforderlichen Pflicht zur Überprüfung der Verkehrssicherheit (wöchentlich, vierteljährlich, Jahreshauptkontrolle) ist ein zertifizierter Spielgerätekontrolleur mit Tischlerausbildung zusätzlich erforderlich. Ein/e Tischler/in kontrolliert die Spielanlagen und ist in der Lage notwendige Reparaturen draußen an den Spielanlagen oder in der eigenen Werkstatt selbstständig durchzuführen.

Der Reparaturbedarf der Spielgeräte der zahlreichen neuen Anlagen erhöht sich je älter die Geräte sind. Die neuen Anlagen rufen vermehrt Maßnahmen zur Abarbeitungen aus den Verkehrssicherheitskontrollen hervor.

Eine Abfrage nach Stellenkompensation im Ausschussbereich 6 ist gestartet.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:

Verkehrssicherungspflicht nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) durch Prüfung nach DIN EN 1176 für Spielplätze.

Dezernent/in



Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☐☒☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

58

Abteilung/Sachgebiet

Klimastadtbüro (Jugendklimarat)

Planstelle/Stelle Nr.

überplanmäßiger Bedarf zur Stelle 21004

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

☒ Neuschaffung

☐ Streichung

☐ Umwandlung

☐ Höherbewertung

☐ Abwertung

☐ Ausweisung

☐ Übertragung

☒ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll

anerkannter Bedarf - Soll 1,0

kw-Vermerk/e

ku-Vermerk/e

(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

E12

Funktionsbezeichnung neu

Sachbearbeiter:in

Befristung bis

31.05.2027

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☐

durch Dritte: ☒

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeri-
ums für Wirtschaft und Klimaschutz

Finanzierungsanteil:

90%

verbleibender kommunaler Anteil:

10%

Einnahme-Haushaltsstelle:

aus Haushaltsmittel des Klimastadtbüros

Begründung:

Es wird eine Aufstockung der ursprünglich zum Stellenplan 2022/2023 eingerichteten Stelle beantragt. Der Jugendklimarat Bremerhaven ist ein Verbundprojekt der co2online gemeinnützigen Beratungsgesellschaft mbH Berlin und des Klimastadtbüros des Umweltschutzamtes und wird von der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert. Ziel ist es, Jugendliche an kommunalen Entscheidungsprozessen im Kontext des Klimaschutzes zu beteiligen. Projektiert werden soll zudem die Gründung weiterer Jugendklimaräte in Deutschland sowie eines Dachverbandes mit Sitz in Bremerhaven. Im Rahmen des Projektes wurde ein Antrag auf Gewährung einer Bundeszuwendung gestellt. Aufgrund der Verzögerung im Antragsverfahren dauerte es bis zu dessen Bewilligung knapp drei Jahre.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☒ siehe Anlage)**Pflichtaufgabe:** ☐ Ja - ☒ Nein

Rechtsgrundlage:



Dezernent/in

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlichzurückgestellt
(s. Protokoll)Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat☒☐☐☐Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses☐☐☐

F 8

Amt 11

Personalamt			
13. Jan. 2026			

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Seestadt Immobilien

Abteilung/Sachgebiet

K1

Planstelle/Stelle Nr.

1 0 001

Bewertung bisher

A13

Funktionsbezeichnung bisher

Verwaltungs- / Oberassistentin

- ☐ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☐ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☒ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 1,000
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

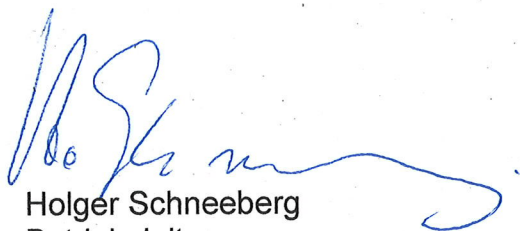
Begründung:

war bei Seestadt Immobilien bis zum 30.04.2024 als Leiter der Abteilung K1 tätig. Auf Initiative des Dezernats VI wurde dort ein neues Referat ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Baulandentwicklung direkt beim Dezernat VI anzusiedeln.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☐ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:


Holger Schneeberg
Betriebsleiter

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2022/2023

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Seestadt Immobilien

Abteilung/Sachgebiet

Bewirtschaftung K 2.2

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

1/2A BMT-GII (EG 2 Ü TVöD)

Funktionsbezeichnung bisher

Raumpfleger:in (2,590 Stellen EG 2 Ü TVöD)

- ☐ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☒ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 2,500
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

2/3A BMT-GII (EG 3 TVöD)

Funktionsbezeichnung neu

Hauswart (m. w. d.)

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒ durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

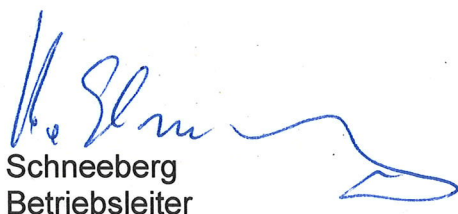
Entsprechend unseres "Konzeptes zur Anpassung der Arbeitszeiten der Schulhausmeister:innen an die Neuregelungen des TVöD einschließlich Personalbemessung pro Objektbereich vom 05.07.2011 sind beim Ausscheiden der Mitarbeitenden aus dem Hausmeistermodell "alt" die gemeinsamen Arbeitsverträge als Hausmeister und Raumpflegerin mit Bereitschaftszeiten entsprechend auf das neue Modell anzupassen. Bei einer Neubesetzung dieser Schulhausmeisterstellen ist eine Besetzung der Stelle der Hausmeisterehefrau mit einem Hauswart vorgesehen. Aufgrund des Ausscheidens mehrerer Schulhausmeisterehepaare aus dem Hausmeistermodell "alt" sind die bestehenden Stellen als Raumpflegerinnen in Stellen als Hauswarte umzuwandeln. Diese stellenplanmäßige Anpassung ist zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in unseren Schulgebäuden erforderlich.

Die Stellenbemessung entspricht den Empfehlungen des KGSt-Berichtes Nr. 5/2010 "Hausmeisterdienste in Kommunen" sowie dem Ergebnis unseres "Konzeptes zur Anpassung der Arbeitszeiten des/der Schulhausmeister:innen an die Neuregelungen des TVöD einschließlich Personalbemessung pro Objektbereich."

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:


Schneeberg
Betriebsleiter

Fachausschuss: Beschluss vom

(wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Seestadt Immobilien

Abteilung/Sachgebiet

Bewirtschaftung K 2

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

1/2A BMT-GII (EG 2 Ü TVöD)

Funktionsbezeichnung bisher

Raumpfleger:in (2,070 Stellen EG 2 Ü TVöD)

- ☐ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☒ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 2,000
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

2/3A BMT-GII (EG 3 TVöD)

Funktionsbezeichnung neu

Hauswart (m. w.d.)

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒ durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

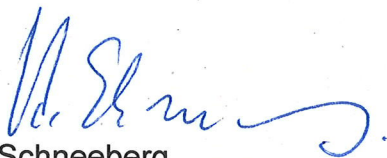
Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztätige Betreuung erfolgt durch den Ausbau der Verlässlichen Grundschulen zu Ganztagschulen in offener Form. Alle bestehenden Ganztagschulen werden in der offenen bzw. gebundenen Form fortgeführt, mit einem künftigen Schulbetrieb bis 16 Uhr und einer Wählbarkeit der Betreuungszeiten bis maximal 17 Uhr. Dieser Rechtsanspruch verursacht durch die Erweiterung des Schulbetriebes verlängerte Öffnungszeiten in allen 20 Grundschulstandorten. Dadurch ist eine Anpassung im Bereich der Hausmeisterorganisation hinsichtlich der Präsenzzeiten in den Grundschulen erforderlich, die durch den zusätzlichen Einsatz von Hauswarten erfolgen soll.

Die Stellenbemessung entspricht den Empfehlungen des KGSt-Berichtes Nr. 5/2010 "Hausmeisterdienste in Kommunen" sowie dem Ergebnis unseres "Konzeptes zur Anpassung der Arbeitszeiten des/der Schulhausmeister:innen an die Neuregelungen des TVöD einschließlich Personalbemessung pro Objektbereich".

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☒ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:



Schneeberg
Betriebsleiter

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Seestadt Immobilien

Abteilung/Sachgebiet

Immobilienbewirtschaftung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

1/3 BMT-GII (EG 3 TVöD)

Funktionsbezeichnung bisher

Hausgehilf:in/Raumpfleger:in (1,208 EG 3 TVöD)

- ☐ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☒ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 1,0
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG 8 TVöD

Funktionsbezeichnung neu

Gebäudereinigungsmeister:in

Befristung bis

31.12.2027

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Mit der Vorlage Nr. II/34/2025 "Haushalt 2025 und Sanierungsprogramms zur Haushaltskonsolidierung" ist die Reduzierung der Reinigungshäufigkeiten in Bürogebäuden und Schulen durch die Anpassung an die Bremer Standards, mit dem Ziel der Kostenoptimierung, beschlossen worden. Im Zuge dessen ist auch die Einführung einer neuen Reinigungsrichtlinie für die Durchführung der Gebäudereinigung vorgesehen, die eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Reinigungsorganisation sicherstellt. Mit dem Inkrafttreten der Reinigungsrichtlinie zum 01.01.2026 soll auch mit der sukzessiven Umsetzung in den Einrichtungen begonnen werden. Für den Umsetzungszeitraum 2026/27 sind Einsparvorgaben in Höhe von insgesamt 1,4 Mio. beschlossen worden.

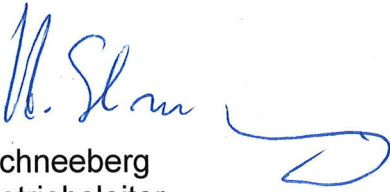
Die Umsetzung dieses sehr umfangreichen Projektes und das Erzielen der oben dargestellten Einsparvorgaben kann nur durch den Einsatz eines zusätzlichen Gebäudereinigungsmeisters/Gebäudereinigungsmeisterin in Vollzeit gewährleistet werden. Zu den Tätigkeiten gehören insbesondere die Anpassung der Reinigungsintervalle und Reinigungsreviere an die neue Reinigungsrichtlinie, die Erstellung neuer Leistungsbeschreibungen als Anlage zur Reinigungsrichtlinie, die Koordinierung mit den beauftragten Fremdfirmen und den städtischen Reinigungskräften, eine Bedarfsermittlung für die Beschaffung neuer Abfallsysteme und ein Reklamationsmanagement.

Durch die Umwandlung der Stellenanteile aus dem nicht mehr benötigten Stellenkontingent der Raumpflegerinnen ist die Umwandlung der Stelle kostenneutral. Ein entsprechender Antrag wird der Abteilung 11/6 "Organisation/Stellenbewertung" übersandt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:


Schneeburg
Betriebsleiter

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

*anw. Bedarf
bis 12/2027*

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Seestadt Immobilien

Abteilung/Sachgebiet

Immobilienbewirtschaftung

Planstelle/Stelle Nr.

WSI 6925 30342 und 30345 Gesamt 1,103

Bewertung bisher

1/2A BMT-GII (EG 2 Ü TVöD)

Funktionsbezeichnung bisher

Raumpfleger:in

- ☐ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☒ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 0,5
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG 9a TVöD

Funktionsbezeichnung neu

Stadtangestellte

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Stelle WSI 6925 20030 "Stadtangestellte" soll um 0,5 Stellenanteile auf eine Vollzeitstelle aufgestockt werden. Die Arbeitsdichte im Bereich der "Immobilienbewirtschaftung" ist in den letzten Jahren immens gestiegen, so dass eine Sicherstellung des Dienstbetriebes in der Abteilung lediglich durch den Einsatz einer Stadtangestellten in Vollzeit gewährleistet werden kann. Es besteht ein erheblich erhöhter Arbeitszeitbedarf aufgrund umfangreicher Flächenerweiterungen seit 2019 mit einer zusätzlichen Reinigungsfläche in Höhe von 32.426 qm und mit der Bewirtschaftung von 30 zusätzlichen Gebäuden (Eigentum und Anmietung), die insbesondere im Bereich der Bewirtschaftung (Hausmeisterorganisation, Abfall, Straßenreinigung, Winterdienst, Grünflächenpflege, Beschilderung, Reinigung etc.) einen erheblich höheren Arbeitszeitbedarf verursachen. Zur Aufrechterhaltung unseres Gebäudebetriebes und zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Nutzung der Gebäude ist die Aufstockung der Stelle auf 1 VZÄ unbedingt erforderlich.

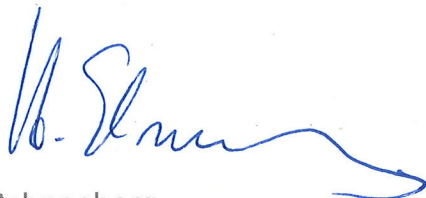
Durch die Umwandlung der Stellenanteile aus dem nicht mehr benötigten Stellenkontingent der Raumpflegerinnen ist die Aufstockung der Stelle kostenneutral.

Ein entsprechender Antrag liegt der Abteilung 11/6 "Organisation/Stellenbewertung" bereits vor.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:



Schneeberg
Betriebsleiter

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Seestadt Immobilien

Abteilung/Sachgebiet

Verwaltung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

1/2 A BMT-GII) (EG 2Ü TVöD)

Funktionsbezeichnung bisher

Raumpfleger:in (1,744 Stellen EG 2 Ü TVöD)

- ☐ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☒ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 1,000
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG 11 TVöD

Funktionsbezeichnung neu

Projektkoordinator:in Infoma

Befristung bis

ohne

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die anstehende Aufgabenvielfalt vor, während und nach der Einführung der ganzheitlichen Software-Lösung für die smarte Verwaltung "Infoma" (Liegenschaftsmanagementprogramm) erfordert die Schaffung einer Stelle, deren Besetzung sich ausschließlich um die projektbegleitenden und -steuernden Aufgaben kümmert.

Infoma soll 2026 eingeführt werden. Auf Wunsch erstellen wir eine Stellenbeschreibung.

Durch die Umwandlung der Stellenanteile aus dem nicht mehr benötigten Stellenkontingent der Raumpflegerinnen ist die Umwandlung der Stelle kostenneutral. Ein entsprechender Antrag wird der Abteilung 11/6 "Organisation / Stellenbewertung" übersandt.

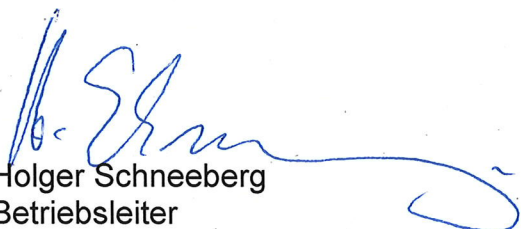
Wesentliche Aufgaben, die durch die Stellenbesetzung geleistet werden:

- Administration des Liegenschaftsmanagementprogramms (LMP)
- inhaltliche Anforderungen an ein LMP fortentwickeln
- Anpassung des Systems in der Admin. an neue Beschlüsse / Verordnungen / Richtlinien
- Anwender:innenschulung
- Pflege und Aktualisierung von Stammdaten
- Einpflegen der bestehenden Haushaltsmittel
- 1. Ansprechpartner für alle mit dem System arbeitenden Personen
- 1. Ansprechpartner für Dozenten im Rahmen von Anwenderschulungen, Orga derselben
- Enger Austausch mit Controlling und den technischen Mitarbeitenden des Fachgebietes
- Austausch und Abstimmungen mit der Kämmerei, der Leitungsebene SI u. Fa. Axians
- Festlegung von Nutzer:innenregelungen
- Differierende Interessenlagen sind abzuwägen
- Abstimmung der Schnittstellen zu anderen Programmen
- Koord. der Liegenschaftserfassung (Kataster u. Erbbaurecht mit allen Informationsfacetten)
- Projektleitung Integration des Rechnungsworkflows
- Projektleitung Integration des Energiemanagements

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☒ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:


Holger Schneeberg
Betriebsleiter

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Seestadt Immobilien

Abteilung/Sachgebiet

Immobilienbewirtschaftung K 2

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

1/3 BMT-GII (EG 3 TVöD/VKA

Funktionsbezeichnung bisher

Spül -und Küchenhilfen (2,410 EG 1 TVöD)

- ☐ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☐ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☒ Übertragung *zum Amt 40*
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 2,410
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

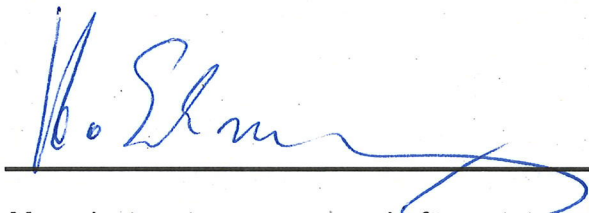
Gemäß Magistratsbeschluss vom 15.10.2025 zur Übernahme der Hortkinder in die Ganztagsgrundschulen ab dem Schuljahr 2026/27 sind die bisher bei Seestadt Immobilien angesiedelten Stellen für Spül und Küchenhilfen in die Organisation des Schulamtes zu überführen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:

Schneeberg
Betriebsleiter



Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Magistrats vom 15.10.2025

679.

Übernahme der Hortkinder in die Ganztagsgrundschulen ab dem Schuljahr 2026/2027
IV/ 35/2025

Beschluss: Stadträtin Toense trägt in Abwesenheit von Stadtrat Prof. Dr. Hilz auf seine Bitte hin eine notwendige **Änderung von Absatz 4 des unterbreiteten Beschlussvorschlages** vor.

Sodann beschließt der Magistrat wie folgt:

Der Magistrat nimmt die aktuellen Planungen zur Kenntnis und befürwortet die Integration der Hortkinder ab dem Schuljahr 2026/2027 in die Verantwortung des Schulamtes.

Der Magistrat beauftragt das Schulamt die hierfür notwendigen Schritte zu vollziehen. Der zeitliche Umfang der bisherigen Hortbetreuung wird in schulischer Verantwortung sichergestellt.

Weiterhin beauftragt der Magistrat das Schulamt den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien in die Planungen hinsichtlich der formalen Nutzungsüberführung der Horträume inklusive der sicherheits- und organisationsrelevanten Aspekte einzubeziehen und mit den notwendigen Aufgaben zu beauftragen.

Die bisher an Horten an Schule angesiedelten Stellen werden in die Organisation des Schulamtes überführt.

Auszüge: alle Dezernenten, I/1, Amt 40 (V), Amt 51 (K), Seestadt Immobilien (K), Amt 11 (K), Amt 20 (K)

Für die Richtigkeit


Herbrig

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Seestadt Immobilien

Abteilung/Sachgebiet

T2

Planstelle/Stelle Nr.

neu

Bewertung bisher

1/2 A BMT-GII) (EG 2Ü TVöD)

Funktionsbezeichnung bisher

Raumpfleger:in (1,744 Stellen EG 2 Ü TVöD)

- ☐ Neuschaffung
- ☐ Streichung
- ☒ Umwandlung
- ☐ Höherbewertung
- ☐ Abwertung
- ☐ Ausweisung
- ☐ Übertragung
- ☐ Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 1,000
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG 11 TVöD

Funktionsbezeichnung neu

Energieoptimierung

Ingenieur/in

Befristung bis

ohne

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒

durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Aufgrund der Streichung der FL-Stelle 2 0 132 können wichtige Pflichtaufgaben in mehreren Themenfeldern nicht mehr erfüllt werden, insbesondere:

- durchgängige und wirksame Prüfung der Energierechnungen auf rechnerische Richtigkeit und fachliche Plausibilität
- praktische Umsetzung von Energiemanagementanforderungen im Feld, wie technische Betriebsoptimierung der Anlagentechnik, Schnittstelle zum Betriebspersonal vor Ort, Hausmeisterschulungen, verpflichtende Liegenschaftsbegehungen
- Aufrechterhaltung der Energieeinsparprogramme 3/4plus und enerkita (Anforderungen des Klimaaktionsplanes)

- technische Abwicklung von (Um-)baumaßnahmen im Rahmen des Energiemanagements
Das ersatzlose Wegfallen der FL-Stelle würde dazu führen, dass die reibungslose und effektive Bearbeitung der Energierechnungen nicht mehr gewährleistet werden kann.

Auch wäre ein Controlling der Energieverbräuche nicht mehr möglich. Dieses gehört zu den Hauptaufgaben von Herrn [] auf der FL-Stelle.

Der von SI gesteuerte Energie- und Wasserverbrauch hat einen Umfang von ca. 8.000 T€.

Damit sind wir für die Stadt Bremerhaven einer der größten Energiekunden der Versorger in der Region. Nur mit profunder Optimierungskompetenz können wir dem professionellen Auftritt der Versorger im Rahmen von technischen Abstimmungen begegnen. Aufgrund der Entwicklung und Verfolgung von Optimierungsstrategien sind wir in der Lage, Verbräuche zu reduzieren und mit "smarten" Methoden nachhaltig die Effizienz zu verbessern.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☒ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Ja - ☐ Nein

Rechtsgrundlage:


Holger Schneeberg
Betriebsleiter

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☒☐☐☐

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

☐☐☐